

Einleitung

Die Vorsitzenden

Die vorliegende Edition der Protokolle des CDU-Bundesvorstands umfaßt die fünfte Wahlperiode des Deutschen Bundestags. In den Jahren 1965–1969 erlebte die Partei einen in ihrer kurzen Geschichte bis dahin unbekanntem raschen Wechsel im Parteivorsitz: Auf Konrad Adenauer (bis 1966) folgte Ludwig Erhard, der bereits 1967 von Kurt Georg Kiesinger abgelöst wurde. Zwar war 1965 absehbar, daß der 89jährige Parteipatriarch Adenauer für dieses Amt, das er seit 1950 innehatte und in das er nach seinem Rücktritt vom Kanzleramt 1963 auf dem 12. Parteitag in Hannover 1964 erneut, und zwar mit dem überragenden Ergebnis von 452 Stimmen bei 14 Gegenstimmen und 12 Enthaltungen, wiedergewählt worden war, nicht mehr zur Verfügung stehen würde. Doch war unklar, ob ihm sein Nachfolger als Bundeskanzler auch im Parteivorsitz folgen würde; denn er hatte nach seinem Amtsantritt als Kanzler erklärt, daß er weder den „Ehrgeiz“ noch die „Absicht“ habe, auch zugleich Parteivorsitzender der CDU werden zu wollen, da er die Verbindung beider Ämter „für etwas problematisch“ halte¹. Daß Erhard 1963 nicht entschlossen war, als Regierungschef auch den Parteivorsitz anzustreben und seinen Widersacher Adenauer abzulösen, erwies sich in der Folgezeit als ein gravierender Fehler.

Doch nach seinem persönlichen Triumph bei den Bundestagswahlen am 19. September 1965, die der Union 46,5% (CDU 35,8%, CSU 9,5%) und 390.000 Stimmen mehr als 1957 einbrachten, als sie mit 50,2% die absolute Mehrheit erreicht hatte, entschloß sich der Kanzler, auch Parteivorsitzender werden zu wollen, ohne aber seine Kandidatur sofort ausdrücklich anzumelden. Dies tat er erst am 9. Februar 1966. Er meinte nun, es sei eine gute und bewährte Übung in alten gewachsenen Demokratien, „daß das Amt des Regierungschefs zusammenfällt mit dem Vorsitz der die Regierung tragenden Partei“². Vergeblich hielt Adenauer mit dem Argument dagegen, er solle sich in der schwierigen Zeit nicht auch noch mit Dingen belasten, „die andere verstehen und machen können“³. Er hätte auch sagen können, besser verstehen und machen. Deutlicher hätten die Vorbehalte gegen den parteipolitischen Quereinsteiger, der der CDU erst 1963 nach seiner Nominierung zum Bundeskanzler beigetreten war, nicht artikuliert werden können.

Adenauer sprach nur aus, was auch andere dachten. Insofern verwundert nicht, daß Erhard den Schwung seines Wahlerfolgs nicht auf seine Kandidatur für den Parteivor-

1 Zit. nach KLEINMANN S. 241.

2 Vgl. Nr. 3 S. 60.

3 Ebd. S. 69.

sitz zu übertragen vermochte. In Rainer Barzel, dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, erhielt er einen ernsthaften Konkurrenten, der Ambitionen zeigte, neben dem Fraktionsvorsitz auch den Parteivorsitz zu übernehmen. Barzel rechnete sich gute Chancen aus, nachdem Josef Hermann Dufhues, der seit 1962 als Geschäftsführender Vorsitzender amtierte, sich mit Rücksicht auf seine Gesundheit und seinen Beruf als Notar und Rechtsanwalt zu einer Kandidatur nicht bereitfand. Nach intensiven Diskussionen im Parteivorstand einigte man sich schließlich auf einen Kompromiß, der eine Änderung der Parteisatzung erforderlich machte.⁴ Bundesvorsitzender sollte der Kanzler, der Fraktionsvorsitzende 1. Stellvertreter werden. Die offen gebliebene Frage, wer denn nun die „Führung der Bundesparteiorganisation“ übernehmen sollte, ob nicht die „Bestellung eines Generalsekretärs sinnvoll“ sei und wie sich ein engeres Führungsgremium, das Präsidium, zusammensetzen würde, sollte eine Kommission klären. Ihr gehörten unter Dufhues' Vorsitz Gerhard Stoltenberg, Helmut Kohl, Konrad Grundmann, Eduard Adorno, Hermann Josef Russe und Aenne Brauksiepe an.

Auf dem 14. Bundesparteitag vom 21.–23. März 1966 in Bonn wurde Erhard mit 413 Ja- und 80 Nein-Stimmen bei 50 Enthaltungen zum Vorsitzenden gewählt; Barzel erhielt 385 Ja- gegen 108 Nein-Stimmen bei 63 Enthaltungen. Von einem überraschenden Ergebnis oder gar breitester Zustimmung konnte nach diesem Wahlausgang nicht die Rede sein. Es deutete sich vielmehr an, daß die Partei nicht geschlossen hinter dem neuen Führungsduo stand. Den Vorschlägen der Kommission folgend, wählte der Parteitag zwei weitere, einander gleichberechtigte Vorsitzende (Kai-Uwe von Hassel und Paul Lücke) und sechs weitere Präsidiumsmitglieder (Theodor Blank, Aenne Brauksiepe, Josef Hermann Dufhues, Eugen Gerstenmaier, Franz Amrehn, Gerhard Schröder) sowie als Geschäftsführendes Präsidialmitglied Bruno Heck.⁵

Schon wenige Monate später zeigte sich, wie dünn das Eis war, auf dem der neue Vorsitzende sich bewegte. Der Ausgang der Wahl im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen am 10. Juli 1966, bei der die CDU 3,6 Prozent und die führende Position und im Dezember auch die Regierung an die SPD verlor, die mit 49,5 Prozent fast die absolute Mehrheit erreichte, wurde vor allem Erhard angelastet. Der Rückschlag spiegelte den massiven Vertrauensverlust wider, dem er seit der Bundestagswahl 1965 unterlag. Eine sich aufgrund der Wirtschaftslage rasch verbreitende pessimistische Stimmung, die Auseinandersetzungen um die Sozialpolitik, das (heute lächerlich gering erscheinende) Problem, den Bundeshaushalt auszugleichen, und nicht zuletzt außenpolitische Verwerfungen im Verhältnis zu Frankreich und den USA führten zu dramatischer Erosion des Ansehens Erhards. Nicht zuletzt trugen Konrad Adenauer und andere Parteigrößen, die mit der Politik des Kanzlers und Parteivorsitzenden unzufrieden waren, mit Interviews direkt und indirekt zur Unterhöhlung seiner Autorität bei. Als die FDP wegen der grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten über die Sanierung des Haushalts aus der Koalition Ende Oktober 1966 ausschied, war sein Rücktritt vom Kanzleramt nur noch eine Frage der Zeit. Unmittelbar nach seinem

⁴ Ebd. S. 96.

⁵ Vgl. KLEINMANN S. 262.

Rücktritt, am 30. November 1966, signalisierte Erhard, auch auf den Parteivorsitz verzichten zu wollen.

Die Neuwahl des Parteichefs auf dem 15. Bundesparteitag in Braunschweig am 23. Mai 1967 fiel nach erneuten Satzungsänderungen auf den seit 1. Dezember 1966 amtierenden Bundeskanzler der Großen Koalition, Kurt Georg Kiesinger. Er hatte im Unterschied zu Erhard konsequent auch den Parteivorsitz angestrebt. Zusammen mit Bruno Heck, der als sein Kandidat das neu geschaffene Amt des Generalsekretärs übernahm⁶ und mit dem ihn „ein absolutes Vertrauensverhältnis“ verband, sollte er die Partei reformieren, sie in der Umbruchzeit Ende der sechziger Jahre als moderne Volkspartei ausrichten und in den Wahlkampf 1969 führen. Ihm zur Seite wurden fünf stellvertretende Vorsitzende (Aenne Brauksiepe, Josef Hermann Dufhues, Kai-Uwe von Hassel, Paul Lücke und Gerhard Schröder) gestellt, die mit ihm, dem Generalsekretär und dem Bundesschatzmeister (Hans-Christoph Seebohm), dem Bundestagspräsidenten (Eugen Gerstenmaier) und dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion (Rainer Barzel) das Präsidium bildeten (§ 29 des Statuts).

Aufgrund der Unruhe, in die die Partei unter Erhard geraten war, und der Erwartung auf eine Besserung der Verhältnisse erstaunt das Vertrauensvotum von über 94 Prozent der Stimmen nicht, mit dem Kiesinger in Braunschweig am 23. Mai 1967 zum Nachfolger Erhards gewählt wurde. Ein Parteiführer wie Adenauer oder gar Helmut Kohl wurde er jedoch nicht. Vielmehr pflegte er einen eher präsidentialen Führungsstil, der ihn dem eigentlichen Parteibetrieb enthob. Die Parteiarbeit überließ er seinem Generalsekretär Heck und dem seit 1958 amtierenden Bundesgeschäftsführer Konrad Kraske. In seiner Amtszeit aber förderte er die Parteireform, wobei es ihm gelang, durch seine Fähigkeit der Vermittlung und Kompromißfindung zwischen den unterschiedlichen Gruppen und divergierenden Interessen die Partei organisatorisch und programmatisch auf die Veränderungen in Politik und Gesellschaft einzustellen. Der Einfluß, den er auf die Formulierung des Berliner Programms von 1968, des ersten Grundsatzprogramms der Partei, nahm, ist nicht zu unterschätzen. Seine Hauptaufgabe sah er selbst vor allem darin, die Große Koalition, in die die CDU keineswegs freudig gegangen war, „durch alle Klippen hindurch zu einem Erfolg“ zu führen, damit „dieser Erfolg sich für unsere eigene Partei im Jahre 1969 auswirkt“.⁷

Die CDU hatte sich seit ihrer Gründung als Bundespartei im Jahre 1950 bis 1966 durch personelle Kontinuität und Stabilität an der Parteispitze ausgezeichnet. Auch ihre führende Rolle in der Bundespolitik stand bis dahin nicht in Frage. Die anschließende schnelle Abfolge im Parteivorsitz, der Wechsel von Erhard zu Kiesinger im Amt des Kanzlers sowie der Wechsel der Regierungskoalition ließen aber in der Öffentlichkeit den Eindruck entstehen, die Partei sei nach dem Ende der Adenauer-Ära in ihrer Substanz getroffen und werde gar in eine existentielle Krise geraten. Von „Zerfallserscheinungen“ war die Rede⁸, und selbst Adenauer fürchtete um die CDU, wenn es nicht ge-

6 Vgl. dazu die Diskussion um die notwendigen Satzungsänderungen in Nr. 12 S. 483–569. Nr. 15 S. 666.

8 Fred Luchsinger nach KLEINMANN S. 255.

linge, „die Verschiedenheit der Interessen der einzelnen Gruppen, die bei uns sind“, zu überspielen. „Unsere Partei wäre als Oppositionspartei nicht lebensfähig.“⁹ Tatsächlich war die Volkspartei mit ihren vielen Verästelungen in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre in ständiger Unruhe und Bewegung, wie gerade auch die Protokolle des Vorstands – nach Adenauer „die Elite der Partei“¹⁰ – ausweisen.

Erhard und der Bundesvorstand

In seiner ersten Sitzung befaßte sich der Vorstand fast ausschließlich mit dem Ergebnis der Bundestagswahl und der bevorstehenden Koalitionsbildung. Es war klar, daß nach Lage der Dinge nur eine Koalition mit der FDP in Frage kam, zumal Erhard selbst glaubte, „eindeutig jedes Vorhelfen zu einer großen Koalition sofort wieder ausgetrieben“ zu haben¹¹. Er deutete damit indirekt an, daß die Fortsetzung einer Koalition mit der FDP innerhalb seiner Partei keineswegs eine ausgemachte Sache war. Eine „Liebesheirat“ war mit der FDP jedenfalls nicht zu erwarten – vor allem wegen unterschiedlicher Auffassungen in der Außen- und Deutschlandpolitik, aber auch wegen einer Reihe von Gesetzesvorhaben, für die man die SPD benötigte. Bei aller Befriedigung über den Wahlausgang wurde Erhard unmißverständlich aufgefordert, die Vollmacht, die er mit dem Wahlergebnis erhalten habe, „in einer sehr schwierigen und kritischen Zeit“ zu nutzen. Zudem wurde von ihm gefordert, daß sein neues Kabinett etwas aussagen müsse über die „Regenerationskraft“ der CDU/CSU¹², in der nun diejenigen nach vorne drängten, die nicht mehr im Kaiserreich geboren waren und nicht bereits in der Weimarer Republik politische Erfahrung gesammelt hatten. Die Tatsache, daß Erhard sich nach der Eröffnung der Sitzung durch den Parteivorsitzenden nicht sofort zu Wort meldete, um den Verlauf der Sitzung in seinem Sinne zu strukturieren, ist mehr als bezeichnend. Bei seiner späteren Wortmeldung ging er nicht über allgemeine Bemerkungen zum Wahlkampf hinaus, appellierte an die Geschlossenheit der Partei und gab schließlich der Hoffnung Ausdruck, „möglichst schnell wieder in das normale Fahrwasser unserer Regierungspolitik zu gelangen“¹³. Dies war zu wenig, wenn nicht sogar ein verunglückter Start, der kein Gefühl für einen Neubeginn vermittelte.

Schon in der Vergangenheit hatte er es versäumt, durch aktive Präsenz im führenden Parteigremium dessen Mitglieder auf seine politischen Vorstellungen einzuschwören und als Multiplikatoren hinter sich zu scharen, zumal seinen Redebeiträgen im Bundesvorstand die analysierende und klärende Konturierung fehlte, die das Gremium von Adenauer kannte.¹⁴ Erhard versäumte es, seine Ziele zu artikulieren und die Grundsätze der Innen- und Außenpolitik zu erläutern. Er hielt es offenbar nicht für nötig, dem Bundesvorstand Orientierung zu geben und die schon in der abgelaufenen Legislaturperi-

9 Nr. 3 S. 71.

10 Nr. 4 S. 108.

11 Vgl. Nr. 1 S. 21.

12 So Kohl in Nr. 1 S. 20.

13 Nr. 1 S. 22.

14 Vgl. Nr. 3 S. 67–72.

ode aufgebrochenen Differenzen in der Union über personelle und sachliche Fragen auszuräumen. Kontroversen, die auszutragen waren, pflegte er mit unverbindlichen Formeln zu überdecken, so daß schon in den Sitzungen vor seinem Wahlerfolg, den er unmittelbar danach (am 20. September 1965) als „eine Bestätigung der Politik, für die ich verantwortlich zeichne, und für meine Persönlichkeit und für meine Amtsführung“ betrachtete¹⁵, immer öfter Kritik an seinen Ausführungen laut geworden war.¹⁶ Seine Teilnahme an den Sitzungen war ihm eine eher lästige Pflichtübung. Erhard war kein machtbewußter Politiker, schon gar nicht ein Parteiführer, der die Unionsgründen in schwieriger Zeit für sich und seine optimistische Weltsicht einzunehmen wußte. Er betrachtete sich nicht als konventionellen Parteipolitiker, sondern als „Volkskanzler“, der sich um Partei, Intrigen und Interessengruppen und die unerläßliche politische Kleinarbeit nicht kümmern wollte. So blieb er im Bundesvorstand weitgehend isoliert und ohne politische Gefolgschaft. Von Anfang an bestanden Zweifel an seiner Führungsstärke, weil er die divergierenden Gruppen regionaler, soziologischer und konfessionelle Ausrichtung und Interessen, aus denen die CDU bestand, nicht auszubalancieren und zu integrieren verstand. Er blieb zu ihr auf Distanz, ja er „hatte keine Beziehungen zu irgendeiner Fraktion innerhalb der Partei“¹⁷. Die Unzufriedenheit und der Zwist, die daraus resultierten, wurden ihm schließlich zum Verhängnis.

Die Bildung der neuen Regierung erwies sich als schwieriger und langwieriger, als die Position der Stärke, die Erhard „auf dem Papier“ durch das Wahlergebnis erreicht hatte, erwarten ließ. Vorgeblich war man sich – so die Berichte von Dufhues und Barzel in der Sitzung vom 15. Oktober 1965 – in Sachfragen mit der FDP weitestgehend einig, weniger allerdings in Personalfragen; denn Erich Mende und sein Anspruch auf das gesamtdeutsche Ministerium, die Rolle von CSU-Chef Franz Josef Strauß in der Koalition und das Verbleiben von Gerhard Schröder im Auswärtigen Amt waren heftig umstritten. Barzel deutete an, daß vor allem die Probleme in der Außenpolitik „mehr bei uns selbst“ lägen¹⁸. Die Partei präsentierte sich also schon anfangs als dissonanter Chor. In der Diskussion griff Helmut Kohl dies auf und bat Erhard, Stellung zu den deutsch-französischen Beziehungen zu nehmen.¹⁹ Ihm assistierte Adenauer, der an Erhard appellierte, er müsse die „großen Sachen in Ordnung halten“. Einen Gegensatz in „unsere(r) Freundschaft zu Frankreich und unsere(r) Freundschaft zu Amerika“ hielt er für „ungefähr das Dümme in der Politik, was ich je gehört habe“²⁰.

Zwar waren die ersten Sitzungen nach der Bundestagswahl vornehmlich der organisatorischen Neuordnung der Parteispitze und der Vorbereitung des Bundesparteitags am 21. bis 23. März 1966 in Bonn gewidmet, die Vorstandsmitglieder erwarteten jedoch

15 Zit. nach OSTERHELD S. 238.

16 Vgl. PROTOKOLLE 4 S. XXVff. Vgl. auch Frank BÖSCH: Der „laissez-faire“-Vorsitzende: Ludwig Erhard, in: Daniela FORKMANN/Michael SCHLIEBEN (Hg.): Die Parteivorsitzenden in der Bundesrepublik Deutschland 1949–2005. Wiesbaden 2005 S. 32–34.

17 MIERZEJEWSKI S. 307.

18 Vgl. Nr. 2 S. 47.

19 Ebd. S. 49.

20 Ebd. S. 55.

vom Kanzler auch eine politische Positionsbestimmung. Erhard ließ sie aber vermissen. Schließlich platzte dem Landesvorsitzenden der Berliner CDU, Franz Amrehn, der Kragen. Am 14. März 1966 verlangte er, daß die von weither angereisten Teilnehmer „wenigstens ein Wort darüber hören, wie die Dinge der letzten Wochen beurteilt werden“²¹. Der Beifall, den Amrehn für seine Anregung erhielt, war ein deutliches Indiz dafür, daß der Bundesvorstand Analysen und Hintergrundinformationen über die politische Lage erwartete und darüber debattieren wollte. Der akute Anlaß für Amrehns Intervention war der Schock, den de Gaulle mit seiner Ankündigung vom 21. Februar 1966 ausgelöst hatte, Frankreich werde aus der militärischen Organisation der NATO ausscheiden. Adenauer ging sofort darauf ein, äußerte sich aber nur sehr knapp zu seinen Gesprächen mit de Gaulle, den er am 7. und 8. März in Paris kurz getroffen hatte. Darüber habe er dem Bundeskanzler berichtet, der gesagt habe, „die Sache käme in Ordnung, aber wie, hat er mir nicht verraten“.²²

Nun war Erhard gefordert. Doch beließ er es bei einem referierenden Bericht über die Fakten der letzten Wochen und den Inhalt der Korrespondenzen zwischen den westlichen Regierungschefs, ohne darauf einzugehen, welche Konsequenzen er aus der Entscheidung de Gaulles ziehen würde. Seine abschließende Bemerkung, Ziel müsse es sein, „eine für alle Beteiligten entscheidende Lösung zu finden“, ließ die Vorstandsmitglieder ratlos. Zu einer Diskussion kam es nicht. Über die Note der Bundesregierung „zur Abrüstung und Sicherung des Friedens“ (Friedensnote), die einige Tage später, am 25. März 1966, veröffentlicht wurde, verlor er kein Wort.

Auch in der ersten Sitzung nach seiner Wahl zum Parteivorsitzenden verzichtete der Bundeskanzler auf eine Lagebestimmung und wollte von den anstehenden Problemen, u. a. mit Frankreich in der europäischen Integration, nicht sprechen. Statt dessen führte er aus – hier fühlte er sich in seinem Element –, die Bundesrepublik sei auf dem Weg, über ihre Verhältnisse zu leben, stellte Überlegungen an über eine mittelfristige Finanzplanung, die Stabilität der Währung, den Erhalt der Wettbewerbskraft der Wirtschaft und den Ausgleich der Zahlungsbilanz. All das erfordere ein „hartes Zusammenstehen“, und so appellierte er an den Zusammenhalt der Partei und bat um Unterstützung und Mitarbeit des Bundesvorstands „bei den Aufgaben, die wirklich von geschichtlicher Bedeutung sind für die Zukunft unseres Volkes“.²³ Daß der Appell an die Solidarität der Partei nur zu berechtigt war, läßt auch der Diskussionsbeitrag Helmut Kohls erkennen, der feststellte, „daß die Solidarität so gering geworden ist, wie sie eigentlich zu keinem Zeitpunkt – das ist mein Eindruck – in diesen 20 Jahren (seit der Parteigründung) gewesen ist“. Die erkennbare „Malaise“, „eine chronische Unlust ..., die in der Partei herrscht“, könne man aber nicht „durch einen künstlichen Optimismus, sondern durch eine starke und entschiedene und energische Haltung“ überwinden.²⁴ Genau diese Haltung ließ Erhard vermissen.

21 Vgl. Nr. 4 S. 155.

22 Ebd. S. 156.

23 Vgl. Nr. 6 S. 175 f.

24 Vgl. Kohl in Nr. 6 S. 194.

Tatsächlich konvergierten nach Erhards Wahlsieg vom September 1965 mehrere Problemlagen, die im Zusammenwirken das rasche Ende seiner dreijährigen Kanzlerschaft und seiner kurzen Amtszeit als Parteivorsitzender besiegelten. Ganz abgesehen davon, daß er die außenpolitischen Fragen zu optimistisch behandelte, was dem Ernst der Lage nicht gerecht wurde, machten ihm die Auseinandersetzungen in der Union um die Außen- und Sicherheitspolitik, die als Streit zwischen Gaullisten und Atlantikern in die Geschichte eingegangen sind²⁵, schwer zu schaffen, noch mehr innenpolitische Probleme, die wirtschaftliche Lage, die sich über die Kohlenkrise zu einer kleinen Rezession auswuchs und die Wahlen in Nordrhein-Westfalen am 10. Juli 1966 negativ einflußte, sowie die Schwierigkeiten unter erheblichem Druck der FDP, den Bundeshaushalt auszugleichen.

Erschwerend kam noch hinzu, daß sich die CDU Veränderungen in der Gesellschaft gegenüber sah, die ihr traditionelles Wählerpotential betrafen. Die interessengebundenen und landsmannschaftlichen Milieus und Bindungen hatten sich schon seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre gelockert. Zwischen Mitte der sechziger Jahre und 1973 kam es zu einem beispiellosen Rückgang der Kirchlichkeit, einem Verlust an Integrations- und Bindekraft. Allein der Anteil der Katholiken, die regelmäßig den Gottesdienst besuchten, ging von 48 auf 35 Prozent zurück²⁶. Dieser „Erosionsprozeß“²⁷, den die Kirchen in dieser kurzen Spanne erlebten, blieb auch für die Union nicht ohne Konsequenzen. Der tiefe Einbruch der SPD in die katholische Wählerschaft bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl erschien als „ein sehr ernster Punkt“ wie auch die Tatsache, daß „sich in der Tat die katholische Kirche in ein etwas distanzierteres Verhältnis zur CDU begeben“ hatte.²⁸ Das Ende eines engeren Konfessionalismus, die Liberalisierung der Lebensstile, eine Sozialpolitik, die als selbstreferentielles System immer weiter ausuferte und den Hedonismus förderte, die Pluralisierung und Differenzierung gesellschaftspolitischer Interessen, der sog. neue Mittelstand aus gehobenen, unselbständig Beschäftigten, der zur CDU Distanz hielt – all dies ging an die Substanz der Partei.

Die nordrhein-westfälische Landtagswahl am 10. Juli 1966, die als Denkzettel für die CDU-geführte Bonner Regierung interpretiert wurde²⁹, war für die Partei, vor allem aber für den Kanzler, ein Menetekel, ein „bundespolitischer Alarmruf“³⁰. In diesem Wahlergebnis kulminierten am ersten und deutlichsten die Trends des gesellschaftlichen Wandels und der Auflösung traditioneller Strukturen. Die Wahlniederlage offen-

25 Torsten OPPELLAND: Alte und neue Atlantiker-Gaullisten – Kontroversen, in: HPM 11 (2004) S. 341–350.

26 Renate KÖCHER: Religiös in einer säkularisierten Welt, in: Elisabeth NOELLE-NEUMANN/Renate KÖCHER: Die verletzte Nation. Über den Versuch der Deutschen, ihren Charakter zu ändern. Stuttgart 1987 S. 174f.

27 Hans MAIER: Kirche, Religion und Kultur, in: Martin BROZAT (Hg.): Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegszeit. München 1980 S. 132.

28 So Even in Nr. 7 S. 202 und Adenauer S. 213.

29 So Gerstenmaier in Nr. 7 S. 221 und Blank S. 228.

30 Adenauer Ebd. S. 203.

barte die Malaise, in der die Partei mit ihrem Vorsitzenden und Bundeskanzler steckte. Erstmals seit der Bundestagswahl von 1965 kam es am 11. Juli 1966 im Vorstand zu einer intensiven Debatte, bei der die Ursachen für den einschneidenden Verlust (3,6% an Stimmen, 11% an Mandaten) breit und offen angesprochen wurden: die „weitverbreitete Existenzangst“ wegen der krisenhaften Situation bei Kohle, Stahl und der Textilindustrie, das negative Bild der CDU in der Öffentlichkeit („Die CDU sei in Wahrheit führungslos, sie leide an inneren Auseinandersetzungen“³¹) vor allem in der Außenpolitik, mit der die Union frühere Wahlen entschieden hatte, aber auch in der Deutschlandpolitik.

Die Reihe von Defiziten war erschreckend lang: steigende Unzufriedenheit verschiedener gesellschaftlicher Gruppen mit der Regierung – Bauern, Kriegsoffer, Vertriebene, Mittelstand –, Unverständnis über das Haushaltssicherungsgesetz, Einschnitte in der Sozialpolitik, nachdem noch vor der Bundestagswahl Wahlgeschenke verteilt worden waren, z. B. in der Krankenversicherung, unklare Familienpolitik (Kindergeld), Mängel in der Kommunal- und in der Frauenpolitik, „Schwarzmalerei“ der SPD, die sich als die echte Alternative darstellte und sich geschickt auf den „Genossen Trend“ stütze, die der Union feindliche Medienfront, vor allem in Gestalt der politischen Fernsehmagazine Panorama und Monitor, und eben auch das Verhalten vieler katholischer Wähler. Eine Wahlanalyse sollte weitere Klarheit bringen.

All dies war in der akuten Einschätzung sicher zutreffend. Für Adenauer und Gerstenmaier griffen jedoch diese Deutungsmuster zu kurz. Der Altkanzler warnte davor, die Vorgänge bei der Wahl nur unter kurzfristigen Aspekten und als eine vorübergehende Erscheinung zu betrachten³², und Gerstenmaier lehnte die Erwartungen an eine flache „soziologische Wahlanalyse herkömmlicher Prägung“ sogar rundweg ab³³. Für beide waren tiefere Gründe die Ursache des Debakels; sie bemängelten den Verlust eines klaren Profils und wiesen auf die Säkularisierungstendenzen hin, denen sich die CDU zu konformistisch angepaßt habe³⁴. Sie empfahlen deshalb die Besinnung auf den inneren Kompaß, auf das „C“, zur Profilierung und Abgrenzung gegenüber den anderen Parteien. Gerstenmaiers Appell, der mit „lebhaftem Beifall“ aufgenommen wurde, blieb nicht ohne Widerhall. Unterstützung fand er bei Katzer, der zusätzlich zur Wahlanalyse ebenfalls „die Klarlegung unseres Standpunktes“ verlangte. Die Folge war, daß der Bundesvorstand beschloß, die Weichen für eine Neuausrichtung zu stellen und ein Programm zu erarbeiten, das den Veränderungen in der Mitgliederstruktur, aber auch in der Gesellschaft seit dem Hamburger Programm von 1953 Rechnung tragen sollte und mit dem man in den Wahlkampf 1969 gehen wollte.³⁵ Erhard hatte damit allerdings nichts mehr zu tun.

31 Nr. 7 S. 201.

32 Ebd. S. 212.

33 Ebd. S. 223.

34 Ebd. S. 222.

35 Vgl. Nr. 8 S. 331.

Nach der ausführlichen Diskussion über das Wahlergebnis der nordrhein-westfälischen Landtagswahl, in die Erhard nicht eingriff, sondern nur die Wortmeldungen verteilte, streifte er in seinem Bericht zur Lage noch kurz die jüngsten Ereignisse in der Außen- und Deutschlandpolitik. In erster Linie ging es hier um die Verhandlungen über Passagierscheine für West-Berliner zum Besuch ihrer Verwandten in Ost-Berlin und die Regelung von Härtefällen, etwa in der Zusammenführung von Familien, wobei eine weitere Aufwertung der DDR vermieden werden sollte. In dieser Frage gab es nicht nur den Druck einiger Presseorgane, sondern auch Konfliktstoff mit dem SPD-geführten Berliner Senat und mit dem Koalitionspartner FDP, vertreten durch den Minister für gesamtdeutsche Fragen, Mende, der nach Ansicht mehrerer Vorstandsmitglieder durch seine Forderung nach kleinen Schritten in der deutschen Frage die CDU dem Anschein aussetzte, sie betreibe eine „statische Politik“. Erhard wurde von Heck aufgefordert, von seiner Richtlinienkompetenz „sehr konsequent Gebrauch machen (zu) müssen“³⁶. In Verkennung der Brisanz dieser Forderung verwies er lediglich darauf, von seiner Kompetenz Gebrauch gemacht zu haben, als er den von der FDP gewünschten Kabinettsauschuss für gesamtdeutsche Fragen abgelehnt habe.³⁷

Nach Einschätzung Heinrich Krones ließ Erhard „alles an sich herankommen, plätschert wie ein unwissender Junge in der Politik herum“.³⁸ In der Außenpolitik überließ er seinem dezidiert atlantisch eingestellten Außenminister Gerhard Schröder das Regiment, der den Bundesvorstand souverän ignorierte und ihm kein einziges Mal Rede und Antwort stand. In der Innenpolitik trafen Erhards Vorstellungen, die Haushaltskonsolidierung durch Einschnitte und Kürzungen auch bei den Sozialleistungen zu erreichen, weder im Kabinett noch im Bundesvorstand geschweige denn in der Bevölkerung auf Gegenliebe. Die Verteilung des Steueraufkommens zwischen Bund und Ländern blieb ungelöst.³⁹ Erhards Appelle, den Gürtel enger zu schnallen, verhallten, ohne einen Mentalitätswechsel auch nur anzustoßen.

Die CDU/CSU-Fraktion fühlte sich nicht nur bei wesentlichen außenpolitischen Entscheidungen, sondern auch in zentralen Fragen der Haushalts- und Finanzplanung übergangen. Immer mehr wurden auch hier die Führungsqualitäten des Bundeskanzlers in Frage gestellt, zumal er sich mit seinem Auftreten schon als Bundesminister „um jeglichen Rückhalt“ gebracht hatte, so ihr Geschäftsführer Will Rasner.⁴⁰ So schmolz Erhards anfänglicher Kredit in allen Unionsgremien schnell dahin.

Dabei hatte er durchaus einen Sinn für die zunehmende gesellschaftliche und politische Unruhe der Zeit. Der Autor des vielzitierten und wählerwirksamen Buches „Wohlstand für Alle!“ aus dem Jahr 1957 hatte früh erkannt, daß der rasante wirtschaftliche Aufstieg der Bundesrepublik an erste Grenzen stieß und die Ordnungsmodelle des Wiederaufbaus in Frage stellte. Das Wirtschaftswunder hatte seit Ende der fünfziger Jahre

36 Nr. 7 S. 257.

37 Vgl. Nr. 7 S. 257.

38 KRONE-TAGEBUCH S. 355 (12. März 1965).

39 Vgl. Nr. 8 S. 271 f., S. 277 f., S. 280 f. usw.

40 Daniel KOERFER: Der Kampf ums Kanzleramt. Darmstadt 1988 S. 719.

eine Beschleunigung des sozialen Wandels, eine Abkehr von traditionellen Leitbildern und eine Ausformung pluraler Lebensstile, kurz: eine Gemengelage von Aufbruch-, Umbruch- und Krisenbewußtsein zur Folge, von der auch die Union nicht unbeeinflußt blieb.⁴¹ Erhard versuchte, dieser bedenklichen Entwicklung ordnungspolitisch mit seiner Vision der „Formierten Gesellschaft“ Herr zu werden. Das Konzept sollte die Soziale Marktwirtschaft an die veränderten gesellschaftlichen, ökonomischen, kulturellen und politischen Bedingungen anpassen, insbesondere den ausufernden Sozialstaat und das wachsende Anspruchsdenken eindämmen. Ein „Sonderkreis“ aus Wissenschaftlern, Intellektuellen und Journalisten unter der Leitung von Karl Hohmann hatte es erarbeitet⁴², ohne Politiker und Vertreter gesellschaftlicher Gruppen zu beteiligen. Erhard hatte seine Idee erstmals auf dem CDU-Bundesparteitag am 31. März 1965 präsentiert. Die „Formierte Gesellschaft“ sollte den Einfluß der organisierten Interessengruppen zurückdrängen und die Bürger in die Lage versetzen, staatsbürgerliche Tugenden zu entwickeln, gewissermaßen als freie, selbstverantwortliche Individuen die Abhängigkeit aller von allen zu beachten, ähnlich der Vorstellung, die heute unter dem Begriff der „Zivilgesellschaft“ diskutiert wird. Doch alles daran blieb viel zu vage, als daß es in einer Zeit, in der das Vertrauen in die Selbsterneuerungskräfte des Marktes erschüttert war, in der angesichts des enormen Tempos des Wandels das Bedürfnis der Menschen nach Sicherheit wuchs und das Planungsdenken in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Einzug hielt⁴³, auf positive Resonanz hätte stoßen können.

Der Ansatz war zweifellos richtig, denn er trug der Notwendigkeit Rechnung, Perspektiven für einen moralischen Wandel und eine zukunftsorientierte Gesellschaftspolitik zu eröffnen, um die Bundesrepublik zu modernisieren. Doch es fehlte dem Konzept an handfesten politischen Anleitungen, so daß die Botschaft ins Leere lief, weil kaum jemand selbst in der eigenen Partei, geschweige denn in der Öffentlichkeit sie verstand.⁴⁴ Da Erhard obendrein die Umsetzung seines Konzepts nicht selbst betrieb, sondern sich darauf verließ, daß sich seine Idee schließlich durchsetzen würde, blieb das Ganze nicht mehr als eine Episode der politischen Ideengeschichte.

Nach der für die CDU ungünstigen Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen verlor Erhard zusehends die Reputation, die auf seiner Popularität in der Bevölkerung beruht hatte. Die erfolglosen USA-Besuche des Kanzlers im Dezember 1965 und vor allem vom 26./27. September 1966, bei dem Präsident Lyndon B. Johnson kompromißlos auf einer Regulierung des Devisenausgleichs bestand, machten den Verfall seines Ansehens

41 Vgl. dazu Matthias FRESE/Julia PAULUS/Karl TEPPE (Hg.): *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*. Paderborn 2003.

42 Zu den Mitgliedern zählte u. a. der Publizist Rüdiger Altmann, der Journalist Johannes Gross und der Politikwissenschaftler und Wahlforscher Rudolf Wildenmann.

43 Gabriele METZLER: *Konzeption des politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft*. Paderborn 2005; Hans Günter HOCKERTS: *Planung als Reformprinzip. Einführung*. In: Matthias FRESE u. a. (vgl. Anm. 41) S. 249–257.

44 Kay MÜLLER/Franz WALTER: *Graue Eminenzen der Macht. Küchenkabinette in der deutschen Kanzlerdemokratie von Adenauer bis Schröder*. Wiesbaden 2004 S. 62 f.

und seiner Machtbasis offenkundig. Daran änderte auch der Beschluß der CDU/CSU-Fraktion vom 4. Oktober 1966⁴⁵ nichts mehr, dem der Bundesvorstand am 7. Oktober 1966 einstimmig beipflichtete, „Erhard ist und bleibt Bundeskanzler“⁴⁶. Wie wenig auf solche Beteuerungen zu vertrauen war, wußte er selbst nur zu gut. Schon das Schreiben von über 70 Fraktionsmitgliedern vom 29. Juni 1966, die sich über fehlende Koordinierung insbesondere in der Deutschland- und Außenpolitik beklagten und eine „gemeinsame Konzeption und Sprachregelung für den internen und externen Gebrauch“ verlangten, war das nicht nur Ausdruck tiefer Irritation, sondern eine veritable Revolte. Ihm wurde angedeutet, der „in einem großen Teil der Fraktion bestehende Unmut“ könne „sich eines Tages in unangenehmer Form“ entladen.⁴⁷ Diesem aufgestauten Unmut begegnete er im Parteivorstand am 7. Oktober 1966 in seinem – erstmals ausführlichen – Bericht zur Lage jedoch einmal mehr nur mit der Mahnung, sich nicht gegenseitig zu „zerfleischen“ und „das zerrissene Bild der CDU ... noch weiter zu gefährden“⁴⁸. Doch damit war der „sehr ernststen Vertrauenskrise“⁴⁹ nicht mehr zu begegnen. Der Vertreter Berlins, Hans-Jürgen Behrendt, brachte die Meinung des Vorstands auf den Punkt: „Man kann Personen- und Sachprobleme nicht nur mit dem Appell zur Disziplin regeln.“⁵⁰ Nach Ansicht von Helmut Kohl beruhte die Misere der CDU auf einer lange schwelenden und „steigenden Führungslosigkeit“, die bis ins Jahr der Präsidentschaftskrise von 1959 zurückreiche. Seiner Schlußfolgerung nach fehlte „die mangelnde Erörterung und Beschlußfassung in den zuständigen Kreisen über die Sachfragen“ und die innerparteiliche Demokratie und Solidarität.⁵¹

Erhards Schicksal hing nun an dem seidenen Faden des schwierigen Haushaltsausgleichs, der „Existenzprobe“ – wie Gerstenmaier formulierte⁵², die mit dem Koalitionspartner zu bestehen war. Optimistisch, das Problem zu lösen, lud er zur nächsten Sitzung des Bundesvorstands am 2. Dezember ein. Doch die Krise spitzte sich schnell zu. Der Konkurs stand unmittelbar bevor. Im Kabinett gelang zwar am 26. Oktober ein Vergleich mit den FDP-Ministern in der strittigen Frage der Steuererhöhungen, doch tags darauf beharrte die FDP-Fraktion auf deren Rückzug aus dem Kabinett.

In der Sitzung des Vorstands vom 8. November 1966 nahm Erhard zur Regierungskrise und den Ereignissen, die dazu geführt hatten, ausführlich Stellung. Die Ursachen sah er nicht nur im Verhalten der FDP während der letzten 14 Tage, sondern auch in den tieferen Wurzeln einer „inneren Führungskrise unserer Partei“. Er selbst habe sich an diesen Vorgängen nicht beteiligt, sondern immer wieder versucht, „die Wogen etwas zu

45 CDU/CSU-FRAKTIONSPROTOKOLLE S. 2043.

46 Nr. 8 S. 310f.

47 Ernst Müller-Hermann an Erhard in ACDP 07-001, Schriftwechsel mit Mandats- und Funktionsträgern M–Z.

48 Nr. 8 S. 270.

49 So Dichtel in Nr. 8 S. 280 und Stoltenberg S. 298.

50 Nr. 8 S. 296.

51 Ebd. S. 304–308.

52 Ebd. S. 284.

glätten“⁵³ – ein etwas merkwürdiges Verständnis von den Aufgaben eines Bundeskanzlers und Parteivorsitzenden. Abdanken wollte er aber noch nicht, rechnete er sich doch noch Chancen aus, mit der FDP weitermachen zu können. Zu einer derartigen Hängepartie wollte sich jedoch im Bundesvorstand niemand verstehen, zumal die Gefahr drohte, durch eine Verständigung zwischen SPD und FDP in die Opposition verbannt zu werden. Es war aber klar, daß die Frage der Kanzlerschaft schnell geregelt werden müsse.

Eine Möglichkeit der Erhard-Gegner bestand darin, die offene Konfrontation zu suchen und einen – auch für die FDP akzeptablen – Kandidaten ins Rennen zu schicken. Doch die Aspiranten Rainer Barzel, Eugen Gerstenmaier und Gerhard Schröder paralyisierten sich gegenseitig. Nach längerer Debatte, bei der zunächst alle um den heißen Brei herumredeten, nannte Kohl schließlich die Namen der Kandidaten: den Fraktionsvorsitzenden Barzel, den Bundestagspräsidenten Gerstenmaier, den Außenminister Schröder sowie den von den Bonner Querelen nicht betroffenen Ministerpräsidenten Kurt Georg Kiesinger, dazu noch den Präsidenten der Kommission der EWG, Walter Hallstein.⁵⁴ Von Erhard war keine Rede mehr: Er selbst gab auch zu erkennen, daß er auch sein Amt als Vorsitzender „mit Würde und mit Anstand“ niederlegen werde.⁵⁵

Das Scheitern Erhards hatte verschiedene Ursachen. Zum einen lagen sie in seiner Partei, die sich in einer Phase des Umbruchs und auf der Suche nach einem neuen Selbstverständnis befand. Nach dem Ende der Kanzlerschaft Adenauers waren die durch dessen übermächtige Führungspersönlichkeit verdeckten Strukturdefizite der CDU offen zutage getreten. Zum anderen lag es an Erhard selbst: Dem entscheidungsschwachen „Unpolitischen“⁵⁶, der persönliche Auseinandersetzungen scheute, versagte die Partei die Gefolgschaft, da er die erhoffte Neuorientierung nicht leistete. Und schließlich lag es am Koalitionspartner FDP, der ihm nicht nur wegen der Haushaltsprobleme, sondern auch wegen anderer deutschland- und ostpolitischen Vorstellungen, die in Teilen der Partei bis zur Anerkennung des zweiten deutschen Staates und der Oder-Neiße-Grenze reichten, die Zusammenarbeit aufkündigte. Daß auch der gesellschaftliche Wandel, den Erhard doch so prägend mitgeholfen hatte, in Bewegung zu setzen, seinen Niedergang und schließlich den Sturz beförderten, gerade ein halbes Jahr nach seiner Wahl zum Parteivorsitzenden, kann man als Ironie der Geschichte sehen.

Für die Verhandlungen, die mit den potentiellen Koalitionspartnern zu führen waren, wurde eine Kommission bestellt: Neben Erhard, an dessen Stelle dann aber sein designierter Amtsnachfolger Kiesinger den Vorsitz übernahm, gehörten ihr Duffhues und Heck für die Partei an, dazu noch Vertreter der CDU/CSU-Fraktion und der CSU. Am 10. November kürte die Fraktion Kurt Georg Kiesinger im dritten Wahlgang zum Kanzlerkandidaten der Union. Von ihm wurde erwartet, eine mehrheitsfähige Regierung zusammenzubringen, als Kanzler die CDU in die Bundestagswahl 1969 zu führen und

53 Nr. 9 S. 339.

54 Ebd. S. 364.

55 Ebd. S. 374.

56 MIERZEJEWSKI S. 319–327.

„die Integration in der Partei zu betreiben und die ... aufgetretenen Spannungen und Gräben ... zu schließen“⁵⁷.

Kiesinger und der Bundesvorstand in der Großen Koalition

Schon im Dezember 1962 hatte es mit der SPD Verhandlungen über die Bildung einer Großen Koalition gegeben. Zwar scheiterte dieser erste Versuch, doch hielt vor allem Karl Theodor von und zu Guttenberg (CSU) weiterhin den Kontakt mit dem stellvertretenden SPD-Parteivorsitzenden Herbert Wehner und besprach immer wieder hinter dem Rücken Erhards diese Koalitionsoption.⁵⁸ Auch andere Unionspolitiker drängten auf ein Zusammengehen mit der SPD, so z. B. Adenauer und Paul Lücke, die Ende 1965 für eine Große Koalition auf Zeit votierten. Hinzu kam, daß auch Bundespräsident Heinrich Lübke keinen Hehl aus seiner Vorliebe für eine Große Koalition machte. Zu einem Eklat in dieser Frage war es zwischen Erhard und Lübke am 4. Januar 1966 beim Neujahrsempfang des Bundespräsidenten gekommen, der vor den versammelten Mitgliedern des Kabinetts erklärte, die soeben wiedergebildete kleine Koalition könne die großen Probleme der Zeit nicht lösen, die Große Koalition werde immer nötiger⁵⁹. Unterstützung fand Lübke allerdings durch Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier. Schließlich sprach sich auch Rainer Barzel auf dem CDU-Parteitag in Bonn am 22. März 1966 – allerdings noch verklausuliert – für eine Kooperation mit der SPD „in den großen Lebensfragen unseres Volkes“ aus⁶⁰. Die Befürworter einer Koalition der beiden Volksparteien zielten darauf ab, für einschneidende Reformen, die eine Änderung des Grundgesetzes erforderten, die notwendige Zweidrittelmehrheit im Bundestag herzustellen. Eine eindeutige Koalitionsaussage zugunsten der SPD bedeutete dies zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Denkbar war für viele in der Union auch die Fortsetzung der Koalition mit der FDP, allerdings mit einem anderen Kanzler.

Der Kandidat Kiesinger sollte Verhandlungen „nach beiden Seiten“ – also mit FDP und SPD – führen. Von vornherein strebte er aber eine Große Koalition an, deren Bildung in zahlreichen Gesprächsrunden bereits vorbereitet worden war. Sein überparteilich anerkanntes Vermittlungsgeschick prädestinierte ihn geradezu zum Kanzler der Großen Koalition. Die über Jahre gepflegten Kontakte einiger Unionspolitiker zur SPD und ihrer Bundestagsfraktion, insbesondere zu Herbert Wehner, mündeten, nachdem die Liberalen deutlich gemacht hatten, nicht mehr mit der Union zusammengehen zu wollen, nach den Landtagswahlen in Bayern (am 20. November) ab dem 24. November 1966 in offizielle Verhandlungen zwischen CDU, CSU und SPD, die mit Zustimmung des CDU-Präsidiums am 28. November zu einem baldigen Abschluß gebracht werden

57 Kohl in Nr. 9 S. 364.

58 WIRZ, passim; Rudolf MORSEY: Der lange Anlauf zur Großen Koalition 1961/62–1966. Von Adenauers Regierung zum Kiesinger/Brandt-Kabinett, in: „Rhöndorfer Hefte“ 10 (o. J.) S. 11–26; DERS.: Die Große Koalition – ihre Vorgeschichte und ihre Nachwirkungen, in: BUCHSTAB u. a.: Kiesinger S. 393–419.

59 HENTSCHEL S. 593.

60 CDU, 14. BUNDESPARTEITAG S. 119.

sollten.⁶¹ In der tags darauf folgenden Vorstandssitzung schilderte Kiesinger ausführlich Verlauf und Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen mit den Delegationen von SPD und FDP. Letztmals als Kanzler führte Erhard in die Sitzung ein, wobei er aus seiner Abneigung gegen eine Große Koalition keinen Hehl machte, aber konzidierte, „daß wir angesichts der Starrheit der FDP kaum einen anderen Ausweg hatten, und daß auch sonstige Ereignisse uns zu dieser Koalition hineingedrängt haben“.⁶²

Mit Kurt Georg Kiesinger hielt ein Regierungschef Einzug ins Kanzleramt, der auf der Bonner Bühne kein Unbekannter war. Seine politische Karriere hatte er 1948 als Landesgeschäftsführer der CDU von Württemberg-Hohenzollern begonnen, und schon 1950 war er in seiner Partei in die Führungsriege aufgestiegen, hatte aber nach einem für ihn zu knappen Wahlergebnis auf dem 1. Bundesparteitag in Goslar auf sein Amt als Geschäftsführender Vorsitzender verzichtet.⁶³ Statt dessen wurden als Stellvertreter Adenauers Friedrich Holzapfel⁶⁴ und Jakob Kaiser gewählt. Er wurde aber nach dem Zusammenschluß der Partei auf Bundesebene in den sog. 5er-Ausschuß „zur Vorbereitung der Bundesgeschäftsstelle“ berufen und auf dem Bundesparteitag in Karlsruhe 1951 zu einem der drei Geschäftsführenden Parteivorsitzenden bestellt.⁶⁵ Als Ministerpräsident gehörte er qua Amt seit 1958 dem Bundesvorstand an, und schließlich hatte er längst einen „Stammsitz“ in den Redaktionsausschüssen der ersten Bundesparteitage und Wahlprogramme, zumeist als deren Vorsitzender⁶⁶. Er kannte also die Partei, und die Partei kannte ihn. Vor allem aber hatte der Außenpolitiker aus Leidenschaft sich über die Parteigrenze hinaus als „König Silberzunge“ in außenpolitischen Debatten des Bundestages bewährt und höchste Anerkennung erreicht. Der Sprung in ein Ministeramt aber wollte ihm nicht glücken, so daß er 1958 die Bonner Bühne verließ und als Ministerpräsident nach Baden-Württemberg wechselte. Als solcher blieb er über den Bundesrat und über seine Mitgliedschaft im CDU-Bundesvorstand der Bundespolitik eng verbunden, nicht zuletzt auch durch seine Tätigkeit als „Bevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrags über die deutsch-französische Zusammenarbeit vom 22. Januar 1963“⁶⁷.

Mit seinem rhetorischen Talent und taktischem Geschick und mit seiner Fähigkeit, die Dinge pragmatisch reifen zu lassen, frühe Festlegungen zu vermeiden und Konflikte mit Kompromißformeln zu entschärfen, gewann Kiesinger schnell Zustimmung – sowohl innerparteilich, in der Innen- wie auch in der Außenpolitik. Mit seinen ausführlichen Berichten zur politischen Lage, die manchmal zwar etwas diskursiv ausfielen, aber durch genaue Information und differenzierte Beurteilung innen- und außenpoliti-

61 Vgl. Nr. 10 S. 375 Anm. 1.

62 Ebd. S. 375.

63 PROTOKOLLE 1 S. XI.

64 Christopher BECKMANN: Friedrich Holzapfel, in: HPM 12 (2005) S. 129–155.

65 Vgl. PROTOKOLLE 1 S. XI–XIII.

66 Hans-Otto KLEINMANN: „Ich gehöre doch zu dieser Partei“ (1967). Kiesinger als Vorsitzender der CDU, in: BUCHSTAB u. a.: Kiesinger S. 501–529.

67 Vgl. dazu Ansbert BAUMANN: Kurt Georg Kiesinger – Ein Freund Frankreichs?, in: HPM 10 (2003) S. 225–253.

scher Vorgänge überzeugten, knüpfte er im Bundesvorstand an die Tradition Adenauers an und beeinflusste den Gang der anschließenden Aussprachen. Kiesingers Angebot, „ich würde Sie doch gerne zu diesen Punkten hören, wenn Sie noch etwas zu ergänzen oder zu kritisieren haben“⁶⁸, trug dabei dem gewachsenen Selbstbewußtsein dieses Gremiums Rechnung, das mitreden und den Kanzler der Großen Koalition und Parteivorsitzenden immer wieder darauf verpflichten wollte, die Unionspositionen in der Öffentlichkeit und gegenüber dem Koalitionspartner SPD klarer zu vertreten. Kiesinger befand sich hier „in unbehaglicher Position“, die von ihm den schwierigen Spagat abverlangte, „daß die Koalition durch alle Klippen hindurch zu einem Erfolg kommt, und daß dieser Erfolg sich für unsere eigene Partei im Jahre 1969 auswirkt“⁶⁹. Daß die CDU bei seinem Amtsantritt in keiner guten Verfassung war, deutete er bei seiner Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 an, die er mit der Bemerkung eröffnete, der Bildung der neuen Regierung sei „eine lange, schwelende Krise vorausgegangen“.⁷⁰

Mit dem ihm eigenen Geschick des Moderierens und Vermittelns gelang es ihm tatsächlich, die Phase der Unruhe, in die die CDU unter Erhard geraten war, zu beenden, die Reihen zu schließen und die Partei in der neuen Situation weitgehend ruhigzustellen. Hinweise auf günstige Umfragewerte und Warnungen vor der Gefahr eines Zusammengehens von SPD und FDP oder einer Fortsetzung der Großen Koalition über die laufende Legislaturperiode hinaus halfen ihm dabei. Er war sich, anders als Erhard, des Stellenwerts und der Bedeutung des Bundesvorstands bewußt, und bemühte sich stets, weitestgehenden Konsens herzustellen und auf diese Weise die Funktions- und Mandatsträger in die Lage zu versetzen, ihre Multiplikatorenfunktion in der Gesamtpartei und in der Fraktion mit einheitlicher Sprachführung wahrzunehmen.⁷¹

In der Union beendete er den Streit zwischen Atlantikern und Gaullisten,⁷² innerhalb kurzer Zeit gelang es ihm, die Frontlinie gegenüber Frankreich und den USA zu begründen. Das Kabinett arbeitete weitgehend harmonisch und im Zusammenwirken mit den beiden Koalitionsfraktionen auch erfolgreich ein beachtliches politisches Pensum ab: Notstandsgesetzgebung und Finanzverfassungsreform mit Änderung des Grundgesetzes, Justizreform, vor allem aber die rasche Bewältigung der Rezession und die Sanierung des Haushalts durch das „Gesetz zur Förderung von Wachstum und Stabilität“ und die mittelfristige Finanzplanung („MifriFi“), verbunden mit milliardenschweren staatlichen Konjunkturprogrammen und der Einführung der Mehrwertsteuer. Diese Vorhaben waren schon vor dem Regierungswechsel 1966 vom Bundeswirtschaftsminister Kurt Schmücker konzipiert worden, konnten aber erst jetzt – unter teils veränderter Ausrichtung – mit der neuen Mehrheit realisiert werden. Hinzu kamen Gesetze zur Arbeits-, Ausbildungs- und Berufsbildungsförderung und die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten im Krankheitsfall.

68 Nr. 27 S. 1456.

69 Nr. 15 S. 666.

70 Sten. Ber. 5. WP 80. Sitzung S. 3656.

71 Vgl. dazu KLEINMANN (wie Anm. 66) S. 508.

72 Vgl. KROEGEL S. 59–114.

Dennoch täusche man sich nicht. Zwar hatten die Koalitionsverhandlungen das politische Klima verändert, doch war das über Jahre hinweg von Herbert Wehner, Paul Lütke und anderen (wie Heinrich Krone oder Bruno Heck) mühsam vorbereitete Bündnis sowohl in der SPD wie bei vielen von CDU und CSU höchst unbeliebt. Die Gegnerschaft der beiden Parteien war in den fünf vorangegangenen Legislaturperioden im Bewußtsein der Parteiführungen wie in der jeweiligen Parteibasis zu fest verankert. Die Reibungsflächen im schwarz-roten Koalitionsalltag forderten von Kiesinger als Koordinator und Vermittler zwischen den Koalitionären eine „Gratwanderung zwischen persönlicher Überzeugung und koalitionspolitischer Notwendigkeit“⁷³. Nicht ohne Grund charakterisierte ihn sein Regierungssprecher Conrad Ahlers als einen „wandelnden Vermittlungsausschuß“.⁷⁴ Schon in seinem Bericht am 29. November 1966 über die Verhandlungen mit der SPD hatte Kiesinger nicht verhehlt, daß es „immer noch grundlegende Unterschiede“ zur SPD gebe, auch wenn in der Sachpolitik weitgehende Übereinstimmung erzielt worden sei⁷⁵. Die Bildung einer Großen Koalition sah er aber durch den Umstand gerechtfertigt, daß eine Reihe von wichtigen Entscheidungen zu treffen sei, die Grundgesetzänderungen erforderten.⁷⁶

Konfliktfelder

a) Mehrheitswahlrecht

Zu diesen Entscheidungen zählte die Einführung eines neuen Wahlrechts nach britischem Vorbild. Kiesinger hatte in seiner Regierungserklärung am 13. Dezember 1966 erklärt: Während der Zusammenarbeit der Großen Koalition „soll nach Auffassung der Bundesregierung ein neues Wahlrecht grundgesetzlich verankert werden, das für künftige Wahlen zum Deutschen Bundestag nach 1969 klare Mehrheiten ermöglicht. ... Die Möglichkeit für ein Übergangswahlrecht für die Bundestagswahl 1969 wird von der Regierung geprüft.“⁷⁷ Dabei sah er sich von einflußreichen Politikern von CDU und CSU sowie SPD unterstützt. In den Koalitionsverhandlungen war es allerdings zu keinen konkreten Absprachen über einen Zeitplan zur Realisierung des Vorhabens gekommen.⁷⁸ Auf einen förmlichen Koalitionsvertrag, der bewußt nicht abgeschlossen worden war, konnte der Bundeskanzler sich bei diesem Anliegen also nicht berufen.

Von Anfang an wurde das Thema einer Wahlrechtsreform in den drei Koalitionsparteien kontrovers diskutiert. Für die Befürworter des Mehrheitswahlrechts war klar: Keine Partei mit nur marginalem Stimmenanteil sollte über die Koalitionsbildung entscheiden dürfen, das heißt insbesondere auch darüber, welche Partei den Kanzler stellte. Der Wähler sollte die Entscheidung haben, nicht aber nach geschehener Wahl die Parteien

73 SCHÖNHOFEN S. 171.

74 Zit. nach KNORR 219.

75 Vgl. Nr. 10 S. 376–388. Zu den Verhandlungen vgl. auch SCHÖNHOFEN S. 51–78.

76 Nr. 10 S. 381; Gabriele METZLER: Die Reformprojekte der Großen Koalition im Kontext ihrer Zeit, in: BUCHSTAB u. a.: Kiesinger S. 421–452.

77 Sten. Ber. 5. WP 80. Sitzung S. 3657.

78 SCHÖNHOFEN S. 56.

sozusagen hinter dem Rücken der Wähler. Die Gegner des Mehrheitswahlrechts verwiesen darauf, daß durch Koalitionsregierungen der Zwang zu politischer Mäßigung und Neigung zu einer Politik der Mitte bestehe. Die oppositionelle FDP hatte sich schon einmal – 1956 – erfolgreich Plänen aus den Reihen der CDU zu einer Wahlrechtsveränderung widersetzt, die wahrscheinlich ihr Verschwinden aus dem Parlament zur Folge gehabt hätte. Das wiederholte sich jetzt. Daß Willy Brandt zudem noch mit der FDP liebäugelte, um mit ihr eine neue Deutschland- und Ostpolitik, d. h. Aufnahme von Verhandlungen mit der Sowjetunion auf der Basis eines Gewaltverzichts, geregeltes Nebeneinander beider deutscher Staaten usw., durchsetzen zu können⁷⁹, erschwerte die Verfolgung des Plans zusätzlich.

Schon am 29. November entzündete sich im Bundesvorstand an der Wahlrechtsfrage, die auch Kiesinger als „durchaus problematisch“ empfand⁸⁰, eine lebhafte Debatte. Nicht wenige fürchteten, die CDU könne zu einer Partei des flachen Landes absinken und der SPD die großen Städte überlassen.⁸¹ Auch die Sorgen einzelner Abgeordneter, die nicht über sichere Direktmandate verfügten und möglicherweise nicht mehr in den Bundestag einziehen würden, spielten in der Diskussion eine Rolle. Und schließlich wurden koalitionspolitische Bedenken laut, da in einigen Ländern CDU/FDP-Koalitionen existierten und der Bruch der Koalition in Nordrhein-Westfalen 1956 durch die FDP allen noch vor Augen stand. Ein konsequenter Gegner des Mehrheitswahlrechts war Kohl: „Es wird keine FDP mehr geben in irgendeinem Land, die in eine Landeskoalition neu eintritt.“⁸²

Jedesmal, wenn die Frage der Wahlrechtsänderung auf der Tagesordnung stand, kam es zu solch kontroversen Diskussionen.⁸³ Trotz des ungewöhnlichen Engagements von Bundesinnenminister Lücke, der seine politische Existenz mit der Einführung des mehrheitsbildenden Wahlrechts verbunden hatte, blieben viele seiner Parteifreunde skeptisch. Die SPD tat sich ebenso schwer. Zudem befand sie sich in einer komfortablen Schlüsselstellung, konnte sie doch bei Beibehaltung des Verhältniswahlrechts mit der Union weiterregieren, oder aber auch, wenn die Mehrheitsverhältnisse es erlaubten, ein Bündnis mit der FDP anpeilen. So behandelte die SPD-Führung das Projekt dilatorisch, bis es schließlich am 21. März 1968 auf dem Nürnberger Parteitag durch Vertagung faktisch erledigt wurde.⁸⁴ Lücke zog daraus die Konsequenz und trat am 28. März 1968 zurück. Er fühlte sich auch von Kiesinger im Stich gelassen, der nicht weiter für die Sache kämpfte, weil er der Meinung war, sie werde „über das Schicksal des deutschen Volkes nicht entscheiden“⁸⁵. Noch in der Sitzung am 4. Dezember 1967 hatte er

79 Vgl. EBD. S. 406.

80 Nr. 10 S. 381.

81 Vgl. Amrehn in Nr. 10 S. 397; Kohl S. 403; Even S. 412.

82 Ebd. S. 402.

83 Nr. 11 S. 474–478; Nr. 16 S. 714–750; Nr. 17 S. 790–820.

84 SCHÖNHOFEN S. 235–267.

85 CDU/CSU-Fraktion vom 26. März 1968 (ACDP 08-001-1016/1).

die Wahlrechtsreform als „die wichtigste“ aller Reformen und als die eigentliche Bewährungsprobe dieser Regierung und dieser Koalition bezeichnet.⁸⁶

b) Notstandsgesetzgebung

Die Debatte um die Ergänzung des Grundgesetzes durch die fehlenden Notstandsartikel, wofür eine Zweidrittelmehrheit erforderlich war, hatte bereits 1955 nach Abschluß der Pariser Verträge eingesetzt. Heftige Diskussionen begleiteten die ab 1960 von der Regierung in den Bundestag eingebrachten Entwürfe. Die Fronten der Befürworter und Gegner verliefen nicht nur zwischen Politik, Gewerkschaften, Aktionsgruppen und außerparlamentarischen Gegnern, sondern zogen sich auch mitten durch die Parteien, vor allem durch die SPD und ihre Fraktion. Verschiedene ihrer Gruppierungen⁸⁷ lehnten sie rigoros ab – wie die Jusos –, andere suchten die Gesetzgebungsverfahren durch immer neue Änderungsvorschläge systematisch zu verschleppen. Am 24. Juni 1965 war die Verabschiedung im Bundestag an der SPD gescheitert. Eine knappe Mehrheit stimmte schließlich einem neuerlichen Entwurf auf dem SPD-Parteitag in Nürnberg (1968) zu. Doch bis zur Schlußabstimmung im Bundestag wurde der Entwurf in der SPD-Bundestagsfraktion kontrovers diskutiert. Schließlich passierte das Gesetzgebungswerk am 29. Mai 1968 das Parlament, wobei 53 SPD-Abgeordnete, ein Viertel der Fraktion, dagegen stimmten. Mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze hatte die Große Koalition den Beweis erbracht, daß sich auch ein so sehr umstrittenes und mit Emotionen belastetes Gesetzesvorhaben durchsetzen ließ, wie geteilt die Meinungen quer durch die Fraktionen auch immer waren.

Die parlamentarischen Kontroversen über die Notstandsgesetzgebung wurden überlagert von einer breiten außerparlamentarischen Opposition (APO), in der sich zahlreiche unterschiedliche Protestgruppen zusammenfanden: Schriftsteller, Publizisten, Wissenschaftler, Gewerkschafter, pazifistisch-neutralistische Anhänger der Friedensbewegung, Rüstungsgegner und Wehrdienstverweigerer sowie eine „systemoppositionelle“ Studentenbewegung. Sie verstand den Kampf um die Notstandsgesetze, in den auch die moralische Empörung über den Vietnamkrieg und die nationalsozialistische Vergangenheit einfloß, „als antiautoritären Auftakt mit revolutionärer Zielsetzung“⁸⁸. Die Studentenbewegung verband die Forderung nach „Demokratisierung“ der Hochschulen durch paritätische Mitbestimmung aller universitären Gruppen mit dem Ziel einer Umwandlung der „kapitalistischen“ Staats- und Wirtschaftsordnung in ein anarcho-kommunistisches System. Bei den traditionellen Ostermärschen der Friedensbewegung war es nach dem Anschlag auf den Berliner SDS-Theoretiker Rudi Dutschke am 11. April 1968 (Gründonnerstag) zu schweren Tumulten gekommen. Mehr als 44 Personen wurden bei Straßenschlachten in zahlreichen Städten verletzt; in München gab es zwei To-

86 Nr. 16 S. 714f. Vgl. Paul LÜCKE: Ist Bonn doch Weimar? Der Kampf um das Mehrheitswahlrecht. Frankfurt 1968.

87 Vgl. SCHÖNHOFEN S. 267–290; Andrea H. SCHNEIDER: Die Kunst des Kompromisses: Helmut Schmidt und die Große Koalition 1966–1969. Paderborn 1999 S. 132–165.

88 SCHÖNHOFEN S. 284.

te. Diese Unruhen eskalierten bis zum „Sternmarsch auf Bonn“ am 11. Mai 1968, sowohl Höhepunkt der Notstandsopposition als auch Beginn des Abschwungs der revoltähnlichen Aktionen auf den Straßen. Nach diesen Ereignissen und nach Verabschiedung des Gesetzeswerks zerfiel die APO. Die Gewerkschaften gaben ihre Pläne für einen politischen Generalstreik auf.⁸⁹ Nur die Unruhe an den Universitäten fand noch nicht zu ihrem Ende.

Bei allem Erschrecken über die bürgerkriegsähnlichen Ereignisse und aller Bereitschaft, die rechtsstaatliche Ordnung gegen gewaltbereite Minderheiten zu verteidigen, die sich einer enormen Aufmerksamkeit durch die als Durchlauferhitzer fungierenden Medien erfreuen durften, war sich der CDU-Vorstand nicht darüber im klaren, auf welche Weise der Gewalt und dem linksradikalen Aktionismus zu begegnen war. Weitgehend einig war man sich in der Kritik am Verhalten der SPD-geführten Städte, an Teilen der Polizei und an Gerichtsurteilen⁹⁰, die als zu lasch empfunden wurden, ebenso an der Berufung von Hochschullehrern, die die Revolten geschürt hätten⁹¹. Leise Kritik wurde aber auch an Kiesinger geübt, der der Frau des schwer verletzten SDS-Führers sein Mitgefühl ausgesprochen hatte.⁹² Doch wurde auch nicht übersehen, daß manche Kritik der jüngeren Generation durchaus berechtigt war und die CDU sich insbesondere in der „Frage der Bewältigung der Zeit von 1933 bis 1945“, der „Vergangenheitsbewältigung“, und den damit verbundenen „Auseinandersetzungen nicht gestellt habe“⁹³. Insofern fand Kiesinger keinen Widerspruch, als er auf das durchaus unterschiedliche Spektrum innerhalb der Studentenbewegung verwies und in Gesprächen mit dem VDS „die Möglichkeit der Entsolidarisierung“ auszuloten suchte⁹⁴, um so den Einfluß radikaler Kräfte einzudämmen und die konfrontative Einheitsfront aufzubrechen.

Da die revolutionsähnlichen Zustände und universitären Krawalle „Wasser auf die Mühlen der NPD“ trieb⁹⁵, war nach ihrem Wahlerfolg bei der baden-württembergischen Landtagswahl am 28. April 1968 erstmals Anlaß zu einer breiten Diskussion über den Rechtsextremismus und den Aufstieg der 1964 gegründeten Partei, die schon seit 1966 in mehreren Landtagen vertreten war.⁹⁶ Den Einzug dieser rechtsextremen, antiparlamentarischen Partei in den nächsten Bundestag wollte man auf alle Fälle verhindern.

Einige der Vorstandsmitglieder befürworteten einen Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht, wie Heinrich Köppler in Vertretung von Bundesinnenminister Ernst

89 Ebd.

90 Vgl. Nr. 18 S. 856, 882; Nr. 27 S. 1450 f.

91 Ebd. S. 873.

92 So Fricke Ebd. S. 880.

93 Ebd. S. 861, 871.

94 Ebd. S. 881–883.

95 Ebd. S. 882.

96 1966 in Bayern 7,4% und Hessen 7,9%, 1967 in Bremen 8,8%, Rheinland-Pfalz 6,9% und Niedersachsen 7%, 1968 in Baden-Württemberg 9,8%. – Vgl. dazu Nr. 18 S. 859–876; Nr. 21 S. 1084–1088; Nr. 24 S. 1284–1301.

Benda.⁹⁷ Andere argumentierten gegen dieses Vorhaben damit, man müsse die NPD politisch bekämpfen⁹⁸ und u. a. mehr „nationales Verständnis entwickeln“⁹⁹, zumal „nicht die geringste Chance für ein Verbot“ bestehe¹⁰⁰; manchen erschien ein solcher Antrag nicht durchsetzbar, „wenn man nur nach der einen Seite schießt und auf der anderen plötzlich blind ist“¹⁰¹. In diesem Sinn resümierte Generalsekretär Bruno Heck das Ergebnis der Sitzung vom 16. Januar 1969, das auch der Auffassung der CDU-Landesgeschäftsführer entsprach, die den „dringenden Rat“ gegeben hätten, den Antrag nicht zu stellen.¹⁰²

c) Außen-, Ost- und Deutschlandpolitik

In der Ost- und Deutschlandpolitik wurden die Positionen der Union, die auf der „Hallsteindoktrin“, dem „Alleinvertretungsanspruch“ und dem Grundsatz der Nichtanerkennung einer Zweistaatlichkeit gründeten¹⁰³, durch die Vorstöße des Außenministers Willy Brandt zunehmend mehr in Frage gestellt, was zu wachsendem Mißtrauen in den Unionsreihen führte. Die CDU tat sich schwer, sich auf Veränderungen der Weltpolitik einzustellen: Ihre jahrelang vertretene Prämisse, Entspannung mit dem Osten setze die Wiedervereinigung voraus, entsprach nicht der Überzeugung der SPD, die Wiedervereinigung könne nur auf dem Weg einer weltweiten Entspannung erreicht werden. Eines der zentralen Streitobjekte, das auch zu Spannungen in der atlantischen Allianz führte, war der von der SPD befürwortete, von der CDU aber fast einhellig abgelehnte Nichtverbreitungsvertrag für Atomwaffen, den Adenauer noch in seiner letzten großen Rede in Madrid am 16. Februar 1967¹⁰⁴ heftig bekämpft hatte. Auf diesem Feld waren die politischen Gemeinsamkeiten zwischen den Koalitionspartnern nur gering, und so lag hier auch der Keim für eine Annäherung von SPD und FDP und für die Bildung der sozial-liberalen Koalition im Herbst 1969.

Während der Kanzler und sein Außenminister, die von Anfang an in einem gespannten Verhältnis standen, in regelrechte Konkurrenz zueinander gerieten, funktionierten die anderen Koalitionsachsen ziemlich reibungslos, wenn auch immer mal Friktionen auftraten: Das Verhältnis zwischen Kiesinger und Wehner, dem Minister für gesamtdeutsche Fragen, war von gegenseitigem Respekt und Vertrauen getragen.¹⁰⁵ Auch zwischen den Fraktionsvorsitzenden Rainer Barzel und Helmut Schmidt klappte die Ab-

97 Nr. 24 S. 1284–1287.

98 So z. B. Stoltenberg in Nr. 18 S. 876.

99 So Kohl in Nr. 18 S. 871.

100 Kiesinger in Nr. 21 S. 1084.

101 Kohl in Nr. 24 S. 1292.

102 Nr. 24 S. 1301.

103 Werner KILIAN: Die Hallstein-Doktrin. Der diplomatische Krieg zwischen der BRD und der DDR 1955–1973. Aus den Akten der beiden deutschen Außenministerien. Berlin 2001.

104 Konrad Adenauer. Reden 1917–1967. Hg. von Hans-Peter SCHWARZ. Stuttgart 1975 S. 484–491. Vgl. Nr. 24 S. 1328; Nr. 26 S. 1381–1384.

105 Martin RUPPS: Troika wider Willen. Wie Brandt, Wehner und Schmidt die Republik regierten. Berlin 2004 S. 143.

stimmung, Finanzminister Franz Josef Strauß und Wirtschaftsminister Karl Schiller bildeten sogar ein ausgesprochen erfolgreiches Duo, das als „Plisch und Plum“ in der Öffentlichkeit hohe Zustimmung erfuhr. Zu der anfänglich positiven Arbeitsatmosphäre trug auch der als „Kressbronner Kreis“ bekannt gewordene ministerielle Koordinationsausschuß bei.¹⁰⁶

Als der Wahltermin der Bundestagswahl 1969 jedoch näherrückte, wurde es immer schwieriger, die durchaus positive Anfangsstimmung in der Koalition aufrechtzuerhalten. Bereits ab 1968 kam es zu einer „Phase des lähmenden Stillstands“¹⁰⁷, vor allem im außenpolitischen Bereich, weil sich Union und SPD mit Blick auf die Bundestagswahl gegeneinander zu profilieren suchten. Unionspolitiker forderten immer wieder dazu auf, die eigene Politik besser zu verkaufen. Freilich stießen derartige Forderungen an Grenzen, wenn der Koalitionspartner geschont werden mußte. Problematisch war das nicht nur in der Außenpolitik, sondern auch besonders bei der Mitbestimmung, der Sozialpolitik und der Aufwertung der DM sowie in der Frage der Verjähmung von NS-Verbrechen.¹⁰⁸

Die schon nach wenigen Monaten gemeinsamen Regierens deutlich gewordenen Konfliktlinien der Großen Koalition wurden durch die Wahl Gustav Heinemanns (SPD) zum Bundespräsidenten am 5. März 1969 verstärkt. Zwar verfügten CDU und CSU in der Bundesversammlung über mehr Stimmen als die SPD, doch ging die Einschätzung der Union nicht auf, daß es eine Allianz zwischen SPD und FDP nicht geben werde. Die CDU fühlte sich vor dem Wahlgang relativ sicher, zumal die FDP wegen ihrer internen Richtungskämpfe unberechenbar schien.¹⁰⁹ Wäre die CDU der FDP in der Wahlrechtsfrage entgegengekommen, wie Röder es am 15. November 1968 vorgeschlagen hatte¹¹⁰, hätte der CDU-Kandidat Gerhard Schröder möglicherweise Chancen gehabt. Dennoch: Die Zeichen der Zeit standen auf Veränderung, und diese richteten sich gegen die CDU, wie Elisabeth Schwarzhaupt nach der Bundespräsidentenwahl resümierte¹¹¹.

Die Wahl eines Sozialdemokraten in das höchste Amt der Bundesrepublik, von Gustav Heinemann wenig später als „ein Stück Machtwechsel“ interpretiert, traf die CDU unvorbereitet.¹¹² Mit seiner Wahl schien der Beweis für eine Annäherung von SPD und FDP erbracht.¹¹³ Dufhues forderte Kiesinger auf, „von heute an ... klare Gegenpositionen zu beziehen, und zwar nicht nur zur FDP, sondern auch ganz entscheidend zur SPD“.¹¹⁴ Schmücker und Stoltenberg verlangten vor allem eine grundsätzliche Ausein-

106 Andrea SCHNEIDER (wie Anm. 87) S. 92–103; Joachim Samuel EICHHORN: Der „Kressbronner Kreis“: Koalitionsausschuß der Großen Koalition (1966–1969). Magisterarbeit. Hamburg 2002.

107 SCHÖNHOFEN S. 696.

108 Vgl. dazu Nr. 26.

109 Nr. 24 S. 1277, 1279.

110 Nr. 24 S. 1280.

111 Nr. 25 S. 1354.

112 Vgl. Nr. 25.

113 So Max Streibl in Nr. 25 S. 1348.

114 Vgl. Nr. 25 S. 1353.

andersetzung mit der Wirtschaftspolitik von Karl Schiller. Kiesinger gelang es nicht, die Wogen mit dem Hinweis auf gute Umfragewerte für die eigene Partei und für seine Person zu glätten. Der Optimismus, der auf den Meinungsumfragen der letzten Monate beruhte, die der Union – nach einem Hoch im Jahr 1967 – seit Mitte 1968 fast regelmäßig eine höhere Zustimmung als der SPD und vor allem Kiesinger erheblich bessere Werte als seinem Konkurrenten Willy Brandt signalisierten¹¹⁵, hatte einen gewaltigen Dämpfer erfahren. Dies schlug sich auch in der Demoskopie nieder, die die SPD in den Monaten bis zur Wahl vorne sah. Das Wahlergebnis vom 28. September 1969 schien den Optimismus der Union, mit dem sie dennoch aufgrund der Beliebtheit des Kanzlers in die Wahlauseinandersetzung gegangen war, zunächst zu bestätigen: CDU und CSU erhielten 46,1% (nach 47,6% im Jahr 1965) und blieben die stärkste Kraft, die SPD legte auf 42,7% zu (nach 39,3%), während die FDP ein Debakel erlebte und von 9,5% (1965) auf 5,8% fast halbiert wurde. Doch trotz der schmalen Mehrheit von fünf Bundestagsitzen verständigten sich SPD und FDP auf die sozial-liberale Koalition. CDU und CSU mußten die Oppositionsrolle übernehmen.

Die Amtszeit Kiesingers als Vorsitzender der CDU ist gekennzeichnet von der Suche nach zeitgemäßen Orientierungen und Bestimmungen der Politik. „Wir leben in einer veränderten Welt“ – in dieser „Analyse“ war er sich mit dem amerikanischen Präsidenten Richard M. Nixon einig.¹¹⁶ Zusammen mit seinem Generalsekretär Bruno Heck initiierte er die Neubesinnung der Partei, die sich in der politisch-geistigen „Zeitenwende“ der sechziger Jahre neu positionieren sollte, ohne einen Kontinuitätsbruch zu riskieren und ohne als „restaurative, verschimmelte und altmodische Kraft“ zu erscheinen¹¹⁷. Gleichzeitig ging es um den Erhalt ihrer führenden Position als Regierungspartei. Diesen schwierigen Kurs versuchte Kiesinger als Bundeskanzler und Parteivorsitzender zu bewältigen. Daß er letztlich durch die Neukonfiguration einer Koalition von SPD und FDP an der Fortführung seiner Politik gehindert wurde, verdeckt mitunter die bemerkenswerten Leistungen in seiner Amtszeit: Seine Regierung setzte, obwohl nur drei Jahre im Amt, trotz der parteipolitischen Differenzen in der Großen Koalition mit der Verabschiedung von über 400 Gesetzen einen erstaunlichen Reformprozeß in Gang, die wirtschaftliche Rezession wurde überwunden, die schwierige Lage der Bundesfinanzen bereinigt, Sozialordnung und Strafrecht wurden reformiert, auch verlieh sie der Außen- und Deutschlandpolitik neue Impulse. „Alles in allem ist die außenpolitische Lage in Ordnung“ – konstatierte der Kanzler Anfang 1969.¹¹⁸

In seiner Partei erwies Kiesinger sich als Modernisierer, dem es mit seiner Fähigkeit des Moderierens gelang, daß die CDU den Reformprozeß – wenn auch z. T. murrend – mittrug und daß ihre divergierenden Haltungen, Richtungen und Gruppeninteressen auf der Basis des „Berliner Programms“ zusammengehalten wurden. Das Programm, mit dem die CDU Anschluß an die veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse suchte, wur-

115 Vgl. Nr. 24 S. 1313 Anm. 35; JAHRBUCH 1968–1973 S. 304 (Einlegeblatt).

116 Nr. 26 S. 1381.

117 Nr. 19 S. 964.

118 Nr. 24 S. 1335.

de auf dem Berliner Parteitag vom 4.–7. November 1968 verabschiedet. Es war das erste Programm, das als Vorstandsentwurf auf allen Ebenen der Partei breit diskutiert worden ist. Mehr als 30.000 Stellungnahmen und über 400 Änderungsanträge waren zu verarbeiten.¹¹⁹ Der Vorstand befaßte sich zur Vorbereitung des Berliner Parteitags in einem Sitzungsmarathon am 20. September 1968¹²⁰ neben Satzungsfragen, die der Neuregelung der Vertretungen des Landesverbands Oder/Neiße und der Exil-CDU in der Partei, der Mittelstandsvereinigung und dem Wirtschaftsrat der CDU e. V. galten, vornehmlich mit dem von der Programmkommission vorgelegten Entwurf des Aktionsprogramms, das – laut Heck – „im großen und ganzen ... die Mehrheitsmeinung der Partei eingefangen“ hatte¹²¹. In Kiesingers Zeit als Vorsitzender wurden, so gesehen, die Grundlagen dafür gelegt, daß die CDU nach der Bundestagswahl 1969 den Verlust der Regierung und der Kanzlerschaft verkraften konnte, ohne daß die noch junge Partei Schaden nahm oder gar auseinanderbrach, wie Adenauer – aber auch andere – immer wieder gemutmaßt hatten.

* * *

Die Einrichtung der Edition folgt den für die bereits veröffentlichten Bände der CDU-Vorstandsprotokolle gegebenen Regeln.¹²²

Wesentlich ist: In die Kopfregeisten sind in der Regel nur die Sprecher aufgenommen. In eckige Klammern wurden jene Teilnehmer gesetzt, die zwar nicht selbst das Wort genommen haben, wohl aber als Anwesende erwähnt oder begrüßt worden sind.

Die Texte beruhen ausschließlich auf der im ACDP archivierten Protokollserie. Die vom Stenogramm übertragenen Mitschriften entsprechen sicher nicht in allen Nuancen jedem tatsächlich gesprochenen Wort, was den Wert der Quelle aber in keiner Weise mindert. Die Protokolle sind wörtlich und ungekürzt abgedruckt. Nur in einigen marginalen Fällen, wie z. B. bei unvollständigen Sätzen, sind Ergänzungen angebracht worden; diese sind in jedem Fall durch eckige Klammern ausgewiesen. Offenkundige Hör- und Schreibfehler wurden stillschweigend berichtigt, fehlerhafte Orthographie, Grammatik und Interpunktion entsprechend korrigiert. War die Abweichung von der richtigen Schreibung (etwa bei Namen) allzu groß, weist eine Anmerkung („in der Vorlage“) eigens auf den Eingriff hin.

Die Kurzbiographien in den Anmerkungen beruhen im wesentlichen auf den Angaben der biographischen Nachschlagewerke und Handbücher; ein Nachweis im Einzelfall ist nicht geführt.

Literaturangaben sind bewußt sparsam zitiert worden, da nach aller Erfahrung zeitgeschichtliche Literatur recht schnell überholt ist.

119 Vgl. KLEINMANN S. 269–273.

120 Vgl. Nr. 21 und 21a.

121 Vgl. Nr. 21 S. 1089.

122 Vgl. PROTOKOLLE 1 S. XXIV–XXVII.

Einleitung

Im Literaturverzeichnis schließlich finden sich nur die in den Anmerkungen mehrfach erwähnten Titel, während nur einmal zitierte Veröffentlichungen im jeweiligen Zusammenhang mit der vollständigen bibliographischen Angabe nachgewiesen sind.

* * *

Den Mitarbeitern des Archivs für Christlich-Demokratische Politik, seiner Bibliothek und Dokumentation danke ich für ihre tatkräftige Mithilfe. Mein besonderer Dank gilt Frau Helga Berben für vielfältige Unterstützung, Herrn Michael Hansmann und Herrn Konrad Kühne und insbesondere Frau Denise Lindsay für ihr anhaltendes Engagement bei den Vorarbeiten für die Kommentierung und die sachgerechte Aufarbeitung der Texte und Anmerkungen. Frau Bettina Geneit und Frau Ricarda Hoppenstedt habe ich zu danken für die Mitwirkung beim Korrekturlesen, Frau Dr. Brigitte Kaff für die Unterstützung bei der technischen Herstellung des Bandes. Frau Lindsay besorgte zudem das Personenregister; Herr Christopher Beckmann erstellte das Sachregister. Zu danken habe ich auch den Leitern und Mitarbeitern zahlreicher Institutionen und Archive für ihre kollegiale Unterstützung. Mein herzlicher Dank gebührt Herrn Professor Dr. Hans-Otto Kleinmann für freundschaftlichen Rat und nicht zuletzt Herrn Professor Dr. Rudolf Morsey, der sich der Mühe unterzogen hat, das umfangliche Manuskript kritisch durchzusehen.

Günter Buchstab